

## Keine Rangreihenfolge bei Angeboten freier Träger

Jugendhilfeausschuss lehnt ab: Alles unter die Lupe nehmen

KREIS GIESSEN (red). Eine Planungs- und Entscheidungsgrundlage soll im Jugendhilfeausschuss des Kreises erarbeitet werden, mit deren Hilfe die bestehenden Angebote freier Träger für den Kreis bewertet und Prioritäten festgelegt werden können. Der Kreis hat seit 2004/05 Verträge mit rund 50 Trägern im Umfang von über zwei Millionen Euro jährlich. Diese übernehmen gesetzliche Pflichtaufgaben, beispielsweise Schuldner-, Jugend- und Drogen- oder psychosoziale Beratung.

Hintergrund der Revision jetzt ist unter anderem die Tarifierhöhung der vergangenen Jahre, denen die Jugendhilfeanbieter nachkommen müssen. Mehrere Träger hatten den Kreis darauf hingewiesen, dass diese Mehrausgaben nicht mehr dauerhaft gedeckt sind. Somit könnte unter Umständen das bestehende Angebot nicht mehr in vollem Umfang bereitgehalten werden. Zudem muss im Zuge der Haushaltskonsolidierung die Finanzierung der Jugendhilfe überprüft werden. Deswegen sollte das Gremium eine Prioritätenliste in Auftrag geben, die die Angebote bewertet, die für die Erfüllung der Jugendhilfe aufgrund gesetzlicher Vorgaben vordringlich erhalten werden müssen. In enger Abstimmung mit der

Stadt Gießen soll die Kreisverwaltung geförderte Projekte sichten und mit Kriterien belegen. Magnus Schneider, Lebenshilfe-Geschäftsführer und Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbands im Jugendhilfeausschuss, bemerkte in dessen jüngster Sitzung in Garbenteich, dass mit diesem Beschluss der Anfang vom Ende besiegelt sei, da eine solche Prioritätenliste darauf hinauslaufe, einige Angebote von freien Trägern künftig nicht mehr zu fördern. Er könnte für den Wohlfahrtsverband jedenfalls nicht daran mitwirken, eigene wichtige Angebote zu streichen. Dem widersprach der Erste Kreisbeigeordnete Dirk Oßwald: „Das Verfahren soll Transparenz schaffen.“ Holger Claes, Leiter des Diakonischen Werks in Gießen, unterstrich, dass die Entscheidung über die Verteilung der Mittel von der Politik getroffen werden muss. Ein Gremium wie der Jugendhilfeausschuss könne aber im Vorfeld eine fachliche Einschätzung abgeben.

Entschieden hat sich der Jugendhilfeausschuss schließlich dafür, dass in den kommenden Monaten alle Angebote zusammen mit der Stadt Gießen unter die Lupe genommen werden. Dabei soll aber wegen der Unterschiedlichkeit keine „Priorität“ erstellt werden.